

# Was taugt die WKO?

Die Wirtschaftskammer wird von ihren zwangsbeglückten Mitgliedern nicht unbedingt mit Liebe überhäuft. Zu tief sitzen die Vorurteile gegenüber dieser alteingesessenen Institution: Tintenburg, Proporz, Pfründe – und eine gewisse Abgehobenheit. Aber stimmt dieses Bild? Wir haben überprüft, was hinter den Vorwürfen steckt – und sind auf einige Überraschungen gestoßen.

Es gibt Wahlen, bei denen Wetten auf den Ausgang reizlos sind, und die Wirtschaftskammerwahl gehört da wohl dazu. Schon bevor die erste Stimme abgegeben wird, ist klar wer gewinnt, klarer noch als in der Formel 1 zu Michael Schumachers besten Zeiten, weil bei ihm zumindest die theoretische Möglichkeit eines Motorschadens bestand. Bei der WKO aber läuft das Getriebe rund. Wenn gewählt wird, gewinnt der ÖVP-Wirtschaftsbund – und die maximale Spannung resultiert aus der Frage, ob es für ihn ein kleines Plus oder ein kleines Minus geben wird.

Natürlich war das auch bei den Kammerwahlen 2010 so. Österreichweit erreichte der Wirtschaftsbund unter Präsident Christoph Leitl 70,9 Prozent, 0,8 Prozentpunkte mehr als 2005. Damit zementierte er seine Vormachtstellung sowohl bundesweit als auch in den Länderkammern mit absoluten Mehrheiten ein. Vor erdbebenartigen Erschütterungen muss sich die dominierende Kraft also auch in den kommenden fünf Jahren nicht fürchten. Und doch haben die Kämmerer nun zumindest die Idee eines Problems: Die Wahlbeteiligung ging nämlich deutlich zurück. Gerade einmal 41 Prozent der Mitglieder haben sich zur Wahl bequemt. Vor fünf Jahren waren es noch 48 Prozent. Erschreckend gering war die Wahlbeteiligung in Wien: Nur jeder dritte Wahlberechtigte stimmte hier tatsächlich ab – und ob dabei die Wahlkarten wirklich von allen selbst oder in manchen Fällen von Funktionären vorausgefüllt wurden, wird zurzeit noch überprüft.

## Geringes Interesse – geringe Wahlbeteiligung?

Gehen tatsächlich sechs von zehn österreichischen Unternehmern nicht zur Kammerwahl, weil das Ergebnis ohnehin schon vorher feststeht? Weil sie glauben, dass sich die Funktionäre, die per Gesetz ihre Interessen gegenüber Staat und den anderen Sozialpartnern vertreten sollen, nicht mehr wirklich für sie einsetzen? Hat die Wirtschaftskammer bei ihren Mitgliedern soviel an Relevanz verspielt? Und wenn ja, warum?

Wirklich begeistern können sich Österreichs Gewerbetreibende für ihre Interessenvertretung nicht, soviel steht jedenfalls fest. Bei einer Studie der Unternehmensinformationskampagne Austria (UIK) gaben Anfang Jänner 2010 gleich 77 Prozent der Befragten an, dass sie mit der Unterstützung durch die Kammer wenig bis gar nicht zufrieden sind. Bei einer parallel dazu vom Gallup-Institut im Auftrag des Lobby-Coaches Wolfgang Lusak durchgeführten Umfrage erklärten überhaupt nur 23 Prozent, dass sie die Wirtschaftskammer als ihre Lobby verstehen. Und selbst wenn die Kammer auf interne Evaluationsberichte zurückgreifen kann, wonach 80 Prozent ihrer Mitglieder die Leistungen der Wirtschaftskammer sehr positiv bewerten – die Diskrepanz zwischen internen und externen Untersuchungen ist doch auffällig groß.

## Wo Unternehmer der Schuh drückt

Was ist also die Aufgabe der Wirtschaftskammer in Zeiten wie diesen?

Die Mehrheit der Nichtwähler hat nicht geglaubt, mit ihrer Stimme irgendeinen Vorteil für sich erzielen zu können – ist aber grundsätzlich sowohl mit dem Wirtschaftsbund als auch mit Christoph Leitl als Präsident einverstanden. Euphorie aber kann in dieser bequemen Verdrossenheit nicht entstehen. Im Gegenteil – bei manchen schwingt deutlich eine gewisse Distanz zur Kammer mit: „Die ganze Zeit über hört und sieht man nichts von den Kammerleuten, aber kurz vor der Wahl lassen sie einen dann überhaupt nicht mehr in Ruh. Dabei bleibt eh alles wie immer“, klagt zum Beispiel ein Wiener Friseur. Für Christoph Matznetter, Präsident des Sozialdemokratischen

**„Sechzig Prozent Nichtwähler melden ein hohes Maß an Unzufriedenheit an.“**

Christoph Matznetter,  
Präsident des Sozialdemokratischen  
Wirtschaftsverbandes





Hans Arsenovic,  
Grüne Wirtschaft Wien

## „Viele Unternehmen finden sich in den Kammerstrukturen nicht wieder.“

Wirtschaftsverbandes, bedeutet diese Entwicklung eine Herausforderung, um die Kammer besser zu legitimieren: „Die 60 Prozent an Nichtwählern melden ein hohes Maß an Unzufriedenheit an. Man muss sie einladen, die Kammer, mit der sie nichts am Hut zu haben scheinen, mitzugestalten.“

Trotz aller notwendigen oppositionellen Kritik glaubt auch Hans Arsenovic, Landessprecher der Grünen Wirtschaft in Wien, dass die Kammer bei vielen Unternehmen schlechter dasteht, als sie eigentlich ist. Er führt das auf ein Imageproblem zurück: „Die Wirtschaftskammer gibt

wahnsinnig viel Geld für Kampagnen aus, um die Unternehmer überhaupt erst auf sich aufmerksam zu machen – leider aber mit wenig Erfolg.“ Viele Unternehmen, mit denen er spricht, seien zum Beispiel überrascht, welche Serviceleistungen sie in wie hoher Qualität von der Kammer in Anspruch nehmen können. „Skeptisch und mit Vorurteilen ausgestattet sind vor allem jene, die noch nie direkt mit uns zu tun hatten“, sagt Arsenovic, „oder diejenigen Unternehmer, die sich aufgrund der immer noch veralteten Kammerstrukturen nirgends wiederfinden.“ Und tatsächlich ist es wohl so, dass die Wirklichkeit der Geschäftswelt des neuen Jahrtausends nur mit einiger Verspätung im Stahlbetonklotz an der Wiedner Hauptstraße angekommen ist. Die Creative Industries, die Webspezialisten und viele der neuen Ein-Personen-Unternehmen fühlen sich von der Kammer, wenn überhaupt, nur peripher repräsentiert.

Die Kammer deshalb aber gleich gänzlich abzuschaffen, halten jedoch die Wenigsten für sinnvoll. Seit sie 2007 im Zusammenhang mit der Sozialpartnerschaft als so genannter Selbstverwaltungskörper in der Verfassung verankert wurde, wäre das auch gar nicht so einfach. „Eine Verfassungsänderung würde eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erfordern“, sagt der Verfassungsrechtler Theo Öhlinger. Die Wirtschaft könnte sich höchstens

eine andere, selbstverwaltete Interessenvertretung suchen, um der Kammer zu entkommen.

### Dauerbrenner Pflichtmitgliedschaft

Kritisiert wird ohnehin weniger die Institution Kammer selbst, sondern viel stärker die Pflichtmitgliedschaft, die ebenfalls gesetzlich vorgeschrieben ist. Einerseits habe sie natürlich einen entscheidenden Vorteil, sagt Wolfgang Weigel, Professor für Volkswirtschaft an der Uni Wien: „Nur so kann die Kammer für sich beanspruchen, wirklich alle in der Wirtschaft legitim zu vertreten, weil es zuvor innerhalb der Kammer zu einem Interessenausgleich kommen muss.“

Andererseits führt die Zwangsmitgliedschaft natürlich dazu, dass sich die Kammerfunktionäre abseits von ein paar Infobroschüren und TV-Auftritten vor den Kammerwahlen nicht wirklich darum bemühen müssen, um Unterstützung bei den Unternehmern zu werben. Auch deshalb werden ihre Leistungen und Angebote zu wenig in die Auslage gestellt. Sie zu finden, scheint manchmal den Unternehmen überlassen zu sein – von Services wie zum Beispiel der kostenlosen Rechtsberatung wissen diese aber oft gar nicht, dass es sie überhaupt gibt.

Das Problem ist offensichtlich: Je weniger sich die Unternehmer von der Kammer vertreten fühlen, desto stärker beginnen sie Schattenorganisationen und eigene Branchenlobbys aufzubauen – was sich viele KMU freilich nicht leisten können. Die Zweiklassengesellschaft unter den Unternehmen würde wachsen, und auf lange Sicht würde diese Zersplitterung der Lobbys und Ansprechpartner wohl auch für die Sozialpartnerschaft insgesamt zum Problem werden.

### In zwei Reformen abgespeckt

Trotz aller Unkenrufe sind die positiven Veränderungen, die die Wirtschaftskammer in den letzten Jahren herbeige-

#### ERGEBNIS DER WIRTSCHAFTSKAMMERWAHL

<b>ÖWB</b>	70,9 Prozent (+0,8)
<b>SWV</b>	12,6 Prozent (-0,5)
<b>RFW</b>	8,7 Prozent (-1,5)
<b>Grüne Wirtschaft</b>	5,8 Prozent (+1,3)

Mit rund 70,9 Prozent der Stimmen konnte der Österreichische Wirtschaftsbund unter Präsident Christoph Leitl bundesweit seine Vormachtstellung behaupten. Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband hielt mit 12,6 Prozent seinen zweiten Platz, büßte jedoch die Hälfte seiner Zugewinne von der Wahl 2005 wieder ein. Überraschend deutlich fiel der Verlust des Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) aus, die mit 8,7 Prozent sogar das Schockergebnis von 2005 unterbot. Damals waren sie von 19 auf 10 Prozent gefallen. Zulegen konnte dahingegen die Grüne Wirtschaft, die mit 5,8 Prozent jedoch hinter den Erwartungen zurückblieb.



führt hat, nicht von der Hand zu weisen. Zumindest die Außenwahrnehmung der Kammer habe sich in den vergangenen Jahren stark verbessert, sagt etwa Roland Falb, Partner bei der Unternehmensberatung Roland Berger: „Sie ist zu einem starken Wortführer für Österreichs Wirtschaft geworden – egal, ob es dabei um Steuerdebatten oder die eingeforderte Bundesverwaltungsreform geht, sie bringt sich konstruktiv, im Interesse der Unternehmen in die öffentliche Debatte ein.“

Selbst die Opposition bestätigt Christoph Leitl, die Kammer, die im Ruf des unbeweglichen, verknöcherten Proporzstandes, auf Kurs gebracht zu haben – mit dem Ziel, die gesamte Wirtschaft abzubilden und vertreten zu können, gleichzeitig aber über eine effizientere Organisation zu verfügen. Es ist schließlich im Sinn der Mitglieder, dass ihre Umlagen nicht für überholten Proporz, Ämter zum Machterhalt oder ähnliche Ineffizienzen, sondern für weiterverbessertes Service eingesetzt werden.

Angegangen ist man die langsame Umwandlung der Organisation in zwei Reformen. Im ersten Schritt wurden die Aufgaben zwischen der Bundes- und den neun Landeskammern strenger verteilt. Auch einige der Mehrgleisigkeiten im Backoffice-Bereich wurden dabei bereinigt, sagt Herwig Höllinger, stellvertretender Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer. Effizienzsteigerungen, die besonders erfreulich für Unternehmer ausfielen: Die Kammerumlage, also der Pflichtbeitrag, wurde um 30 Prozent gekürzt. Das hat auch die jammernden Konzerne, die gewinnbedingt am meisten in die Kammer einzahlen, zumindest kurzfristig ruhiggestellt.

In einem zweiten Schritt griff Leitl das heiße Eisen Strukturelle Veränderung an. „Der große Erfolg war, die Anzahl der Fachorganisationen – und damit sehr viel Verwaltungsaufwand – um 30 Prozent vermindert zu haben“, sagt Höllinger. Nach ausgiebiger Evaluierung wurden kleine

Einheiten mit größeren zusammengeführt und auch thematische Klammern sinnvoll geschlossen. Das Ziel lautete, dem gesetzlichen Auftrag gerecht zu bleiben und die gesamte Wirtschaft, die die Kammer ja zu vertreten hat, dennoch abzubilden – aber den Verwaltungsaufwand dafür zu reduzieren.

Doch immer noch gibt es, bedingt durch die föderale Struktur, jede Menge Überschneidungen bei den neun Landeskammern. So hat nach wie vor jede ihre eigenen Tourismus- und Auslandsabteilungen, jede ihre eigenen Experten im Sozialbereich. Aber ist die soziale Lage für die wenigen Unternehmer im Burgenland wirklich so gänzlich anders als für die vielen Unternehmer ein paar Kilometer jenseits der Grenze in Niederösterreich? Auch wenn sie übereinander Witze machen – von der Kammer wollen sie wohl das Gleiche: Unterstützung.

Für die Opposition gehen die bisher gesetzten Reformen nicht weit genug – und teils an den Notwendigkeiten der Wirtschaftstreibenden vorbei. Warum eine Nagelstudiosbesitzerin eine Konzessionsprüfung oder ein Fitness-Center-Besitzer, der seinen Kunden mittlerweile als Standard auch Getränke, Saunen und Solarien anbieten will, bis zu sieben Umlagen zu zahlen habe, können nicht einmal Kämmerer erklären. Und die betroffenen Unternehmer schon gar nicht. Auch hier tut sich ein Widerspruch auf: Für weniger Bürokratie, wie die Kammer von der Bundesregierung fordert, ist hier nämlich nicht gesorgt.

#### **Die Macht der Funktionäre**

Wirksam wird die vor eineinhalb Jahren im Wirtschaftsparlament abgesetzte Fachgruppenreform erst jetzt, nach der Wahl. Nun wählen die durchs Plenum gewählten Funktionäre die Vorstände, Gremien und alle weiteren Funktionen bis hoch zum Präsidium.

Dass es bei aller Reformabsicht dabei

#### **SERVICE-EINRICHTUNGEN**

##### **Die wichtigsten Serviceeinrichtungen der WKO im Überblick**

###### **AWO**

Die Außenwirtschaft Österreich vermittelt mit ihrem weltweiten Netz an Außenhandelsstellen österreichischen Unternehmen Geschäftspartner im Ausland und bietet Exporteuren Hilfeleistungen von der ersten Kontaktaufnahme bis hin zur Geschäftsabwicklung.

###### **WIFI**

Das Wirtschaftsförderungsinstitut bietet mit jährlich mehr als 30.000 Kursen und Seminaren ein riesiges Angebot an anerkannter beruflicher Aus- und Weiterbildung in Österreich, die häufig auch gefördert wird.

###### **Junge Wirtschaft/Gründerservice**

Das Gründerservice der Jungen Wirtschaft unterstützt Gründer und Franchisenehmer beim Beginn ihrer Selbständigkeit mit persönlicher Beratung in eigenen Förderstellen, um Ideen, Businesspläne und Finanzierungsmöglichkeiten zu optimieren.

###### **Weitere Schwerpunkte**

Spezielle Beratung gibt es mittlerweile für Migranten und für Frauen in der Wirtschaft. Auch Unternehmen betreffende Rechtsfragen stellt die WKO eine eigene Beratung zur Verfügung.

etwas seltsam anmutet, wenn die Zusammenführung von Bäckern und die Konditoren als ein Erfolg gefeiert wird, ist nur auf den ersten Blick verwunderlich. „Es ist immens schwierig, dafür Mehrheiten zu finden, weil es in dieser Struktur immer auch um Posten geht, die niemand gerne freiwillig aufgibt“, sagt Hans Arsenovic. Allein in Wien gebe es mehr als 2.000 Funktionäre, die sich mehr oder weniger stark für ihre Fachgruppen einsetzen – und sich mehr oder weniger stark auch um ihr eigenes Fortkommen kümmern. „Das Aufsteigen innerhalb der Hierarchie erfordert aber mitunter, dass man in einem eindeutig dominierten System mitspielt

– auch deshalb würde sich eine buntere Wirtschaftskammer positiv auf neue Ideen auswirken“, sagt Arsenovic.

Dass es gerade dynamischen, unangepassten Funktionären oft schwerfalle, sich gegen eingesessene Machtapparate durchzusetzen und zum Beispiel auch in Gruppen übergreifend zu arbeiten, hat auch der Lobby-Coach Wolfgang Lusak beobachtet. Für ein Kammerspezifikum hält er das aber nicht: „Wie alle großen Organisationen rutscht die Kammer mit der Zeit in den Selbsterhaltungstrieb hinein.“ Und dennoch haben Unternehmer mitunter das Gefühl, dass dann, wenn es darauf ankommt, niemand für sie zuständig oder überhaupt erreichbar ist.

Wobei die Einflussnahme von Funktionären von der Ständevergabe auf Märkten bis hin zur vehementen Abschottung

von Berufen wie den Fotografen durch Meisterprüfungen reicht. Höhere Funktionäre bestimmen aber auch über die Wirtschaftskammer hinaus das öffentliche Geschehen mit: Sie sitzen im ORF-Stiftungsrat, in der AUVA, den Pensionskassen, in Museumskuratorien oder Fachhochschulräten. Und bei der Besetzung dieser Posten gehe der Wirtschaftsbund als dominierende Fraktion nicht gerade zimperlich und transparent vor, heißt es aus den anderen Fraktionen.

Was trotz der Machtkonzentration innerhalb der Kammer jedoch gut funktioniert, sei das interne Kontrollsystem, sagt der Sozialdemokrat Matznetter. Die Wirtschaftskammer prüft sich selbst durch das interne Controlling und durch den Kontrollausschuss, der nicht weisungsgebunden ist und immer unter dem Vorsitz einer Minderheitsfraktion steht. Gleichzeitig

wird auch vom Rechnungshof und unter der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums geprüft, ob die Kammern mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln effizient und verantwortungsvoll umgehen.

### Voller Einsatz in der Krise

„Jeder Mitarbeiter und jeder Funktionär ist immer dazu angehalten, jederzeit seine Ideen dazu einzubringen“, sagt Herwig Höllinger. Schließlich müsse die Kammer für ihre 420.000 Mitglieder ihren gesetzlich verankerten Kernaufgaben bestmöglich nachkommen: Dazu zählt der Interessenausgleich zwischen den wirtschaftstreibenden Unternehmen und Branchen, ihre Interessenvertretung gegenüber Staat, Gesetz und Sozialpartnerschaft und das an die Mitglieder gerichtete Service.

Für Kammerfunktionär Höllinger hat sich gerade in der Wirtschaftskrise gezeigt, dass sein Haus viel für die Unternehmer erreichen kann. Tatsächlich gab es in den vergangenen Jahren Lohnrunden, die für die KMU verträglich waren. Auch die sogenannte Internationalisierungsoffensive der Bundesregierung, 50 Millionen Euro teuer und als erfolgreiches Programm gegen die Exportflaute eingesetzt, geht auf die Initiative der Kammer zurück. Definitiv hilfreich für Jungunternehmer ist es, dass sie seit Kurzem bei der Einstellung eines ersten Mitarbeiters für diesen keine Lohnnebenkosten bezahlen müssen. Und auch durchgesetzte Abschaffung der Kreditvertragsgebühr hilft vor allem den KMU.

„Jetzt wo es darum geht, möglichst schnell aus der Krise rauszukommen, müssen gerade sie weiter im Fokus stehen. Kredite, Förderungen und neue Finanzierungsformen müssen sichergestellt werden“, sagt Höllinger. Dafür will sich die Kammer 2010 einsetzen – und darauf abgestimmt gehörig die Service-schiene ausbauen.

Und dann könnte es vielleicht bei der nächsten Kammerwahl auch bei der Wahlbeteiligung wieder ein Plus geben.

#### HINTERGRUND

### Zahlen und Fakten zur WKO

4.500 Mitarbeiter

9.150 Funktionäre auf Landesebene

2.400 Funktionäre auf Bundesebene

(einige davon in Doppelfunktionen und ab Juni aufgrund der Reform weniger)

1 Wirtschaftskammer Österreich

9 Landeskammern

7 Sparten: Gewerbe und Handwerk, Industrie, Handel, Bank und Versicherung, Transport und Verkehr, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Information und Consulting. Diese gliedern sich in Fachorganisationen.

676 Fachorganisationen: 95 "Fachverbände" in der Wirtschaftskammer Österreich, 581 "Fachgruppen" auf Landesebene

#### STABSABTEILUNGEN:

Politische Abteilungen: Bildungspolitik, Finanz- und Handelspolitik, Rechtspolitik, Sozialpolitik und Gesundheit, Umwelt- und Energiepolitik, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Interne Organisation: Finanz- und Rechnungswesen, Personal- und Organisationsentwicklung, Recht und Organe, IT sowie die Serviceeinrichtungen

